taz.hamburg

www.taz.de | redaktion@taz-nord.de | Stresemannstraße 23 | 22769 Hamburg

das wetter

Da steht Turbulentes an: Am Samstag wechseln sich Sonne, Wolken, Schauer und Gewitter ab, und bei meist nur schwachem Wind steigen die Temperaturen bis auf 26 Grad. Auch am Sonntag bleibt es wechselhaft, der Wind weht schwach bis mäßig aus östlichen Richtungen, bis 25 Grad

Viel Lärm um eine geplante Moschee

RELIGION I In Wilhelmsburg könnte ein neues muslimisches Gotteshaus entstehen. Das Vorhaben ist noch vage – aber mancher wittert längst „heftigen Streit" um die „Mega-Moschee"

VON **DARIJANA HAHN**

Alles fußt auf der Fantasiezeichnung eines Architekten. Auf dessen – im Dezember gekürten – Entwurf er für das ab 2019 entstehende Neubaugebiet „Mitte Wilhelmsburg" die geplanten Wohnungen andeutet, rund 1.400 sollen es werden; diverse Grün- und Spielflächen – und eine Moschee. Mit Kuppel und vier Minaretten. „Lediglich ein Symbolbild", sagt Magnus Kutz, Sprecher der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen. Es gebe noch keine konkreten Pläne, vielmehr würden Gespräche geführt zwischen den beteiligten Parteien: Hamburgs Oberbaudirektor, der Finanzbehörde, dem Bezirk Mitte sowie Ditib-Nord, dem Hamburger und schleswig-holsteinischen Landesverband der islamischen Religionsgemeinschaft Ditib.

Dass gerade dieser Verband in Wilhelmsburg eine Moschee bauen wolle, erklärt die SPD-Bezirksabgeordnete Kesbana Klein so: „Eine der zu Ditib-Nord gehörenden Moscheegemeinden hat den dringendsten Platzbedarf in Wilhelmsburg angemeldet." Derzeit habe die Yeni-Camii-Moschee in einem Hochhaus in der Nähe der S-Bahn so wenig Platz, dass die Gläubigen oft draußen beten müssten, auch bei Regen und bei Schnee.

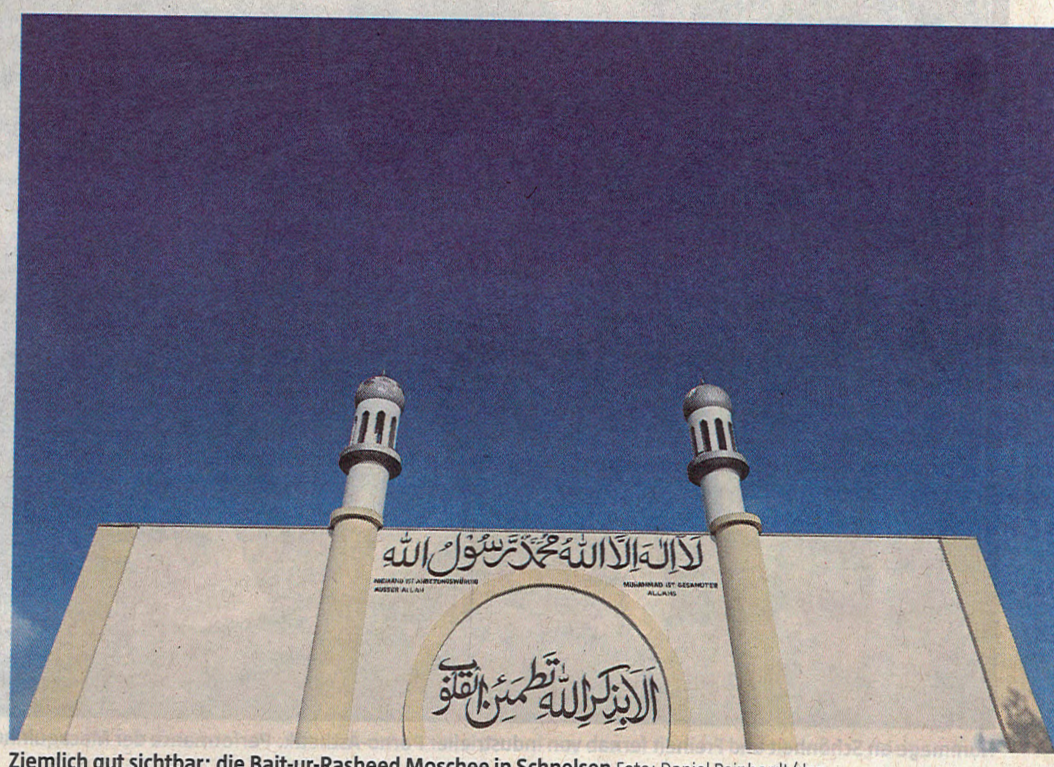
Dass die rund 150.000 in Hamburg lebenden Muslime insgesamt zu wenig Platz haben in ihren rund 50 Moscheen, befand vor drei Jahren eine Studie: Marion Koch und der Michel-Restaurator Joachim Reinig kamen darin zu dem Ergebnis, dass „fast jede Moschee einen großen Bedarf an zusätzlichem Raum hat". Reinig, als Architekt auf den Kirchenbau spezialisiert, fordert einen „Moschee-Entwicklungsplan" von der Stadt. Unterstützung findet er bei der Bürgerschafts-Grünen Stefanie von Berg: Die religionspolitische Sprecherin ihrer Fraktion sagte jüngst auf einer Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung und der muslimischen Al-Nour-Gemeinde, sie wünsche sich langfristig „überall Stadtteilmoscheen" *(siehe Interview)*.

Von Bergs Annahme, dass sich dadurch Ängste abbauen ließen, teilt auch die Sozialdemokratin Kesbana Klein: „Sichtbare Moscheen fördern die Nachbarschaft und den Dialog miteinander", sagt die Lokalpolitikerin. Trotz mancher Bedenken sei die Moschee in Wilhelmsburg „kein großer Aufreger", sagt sie.

Tatsächliche wendet sich derzeit niemand offensiv gegen den geplanten Moscheebau – es sei denn, die *Mopo* spricht mit dem örtlichen CDU-Mann Jörn Frommann: Dann wird aus dessen Kritik prompt ein „heftiger Streit". Frommann erkennt in einer Moschee „in der Art und dargestellten Größe ein falsches Zeichen für einen Stadtteil, der langsam dem Dornröschenschlaf entstiegen ist". Auch mache er sich Sorgen, dass die Imame in den Ditib-Moscheen, die von der Türkei geschickt würden, eine „Zementierung der Parallelgesellschaft" bedeuteten.

Wann dies im Fall des Neubau drohen könnte, ist vollkommen offen: Weder Behördensprecher Kutz kann konkrete Angaben machen, noch wollen sich Ditib-Verantwortliche äußern. Fest steht, dass in dem 18 Hektar großen Neubaugebiet ein Grundstück an der Thielen-, Ecke Dratelnstraße für die Moschee vorgesehen ist. Wilhelmsburg ist damit das erste Neubaugebiet, in dem die Stadt ein Grundstück für eine muslimische Gemeinde freihält.

Das geschieht dem Staatsvertrag gemäß, den die Stadt 2012 mit vier muslimischen Verbänden schloss: neben Ditib auch mit der „Schura", dem Verband der Islamischen Kulturzentren sowie der Alevitischen Gemeinde. Unter Artikel 9 führt er „Errichtung und Betrieb von Moscheen" auf. Danach berücksichtigt die Stadt Bedarf an Grundstücken insbesondere bei der Erschließung neuer Stadtteile. Der Gedanke dahinter, erklärt Architekt Reinig: Die Moscheegemeinden sollen vor finanzkräftigeren Interessenten geschützt werden – so wie andere religiöse Gemeinschaften auch.



Ziemlich gut sichtbar: die Bait-ur-Rasheed Moschee in Schnelsen Foto: Daniel Reinhardt/dpa

„Der einzige Weg zu nachhaltiger Integration"

RELIGION II Die Grünen-Abgeordnete Stefanie von Berg will eine große Moschee für jeden Hamburger Bezirk. Im Interview erklärt sie, warum das keinen aufregen sollte und welche Reaktionen es dennoch hervorruft

MOSCHEEN FÜR DIE STADT

taz: Frau von Berg, wie viel Hass-Post haben Sie bekommen, nachdem Sie erklärt haben, in jedem Bezirk eine Stadtteil-Moschee zu wollen?

Stefanie von Berg: Erst ging der Shitstorm los, vor allem auf Twitter. Ich habe auch sofort Mails bekommen. Ziemlich schnell begann die „Counterspeech", es gab auch eine Versachlichung der Debatte und ich bekam zahlreiche positive Rückmeldungen.

Bereits Anfang des Jahres schlug Ihnen eine Welle des Hasses entgegen, weil Sie erklärten, dass es in Hamburg in 20 Jahren keine ethnische Mehrheit mehr gebe. Sind Sie bei Rechtspopulisten besonders auf dem Schirm?

Natürlich. Die Hasskommentare haben bis heute nicht aufgehört.

Lässt Sie das kalt?

Ich kann damit mittlerweile besser umgehen: Ich blende es aus. Das sind Rassisten, man kann mit denen nicht argumentieren.

Wieso braucht Hamburg in jedem Bezirk eine Moschee?

Ich stütze mich dabei auf eine Studie aus dem Jahr 2013, die untersucht hat, wo es Moscheen gibt und wo sie eine Gemeindearbeit und religiöse Tätigkeiten in würdevollem Zusammenhang ermöglichen. An neun verschiedenen Orten gibt es vordringlichen Handlungsbedarf. Letztendlich geht es um drei zusätzliche Moscheen.

Etwa die „Mega-Moschee", über die in Wilhelmsburg diskutiert wird?

In der Studie wird gefordert, in Wilhelmsburg eine neue Moschee zu planen, ebenso für Harburg und die marokkanische Gemeinde, die im Moment gar keine hat. Alle anderen sind in einem schlechten Zustand oder zu klein.

Warum ist es Aufgabe einer Stadt oder des Staates, religiöse Gebäude zu bauen? Ist das nicht Sache der Gemeinden?

Es geht nicht darum, die Gebäude zu planen, zu finanzieren oder zu bauen, sondern die Gemeinden baurechtlich und bei der Grundstückssuche zu unterstützen.

Was muss dabei beachtet werden?

Die Moschee sollte gut zugänglich und mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen sein. Neben einem Gebetsraum muss auch für die Gemeindearbeit genügend Platz sein. Daraufhin muss man Grundstücke prüfen und die Behörde für Stadtentwicklung und die Senatskanzlei machen das auch.

Wer soll die Gebäude bezahlen?

Die Finanzierung muss selbstverständlich von der Gemeinde selbst erfolgen. Bei den Kirchen ist das ja auch nicht anders, wobei die Kirchen den Vorteil haben, Körperschaften öffentlichen Rechts zu sein.

Sie fordern also nicht die „Islamisierung" Hamburgs?

Nein, natürlich nicht. Sobald der Begriff „Moschee" fällt, werden alle ganz aufgeregt. Wir haben das auch im Koalitionsvertrag formuliert und es gibt Staatsverträge mit den muslimischen Verbänden. Darin sind auch Verpflichtungen der muslimischen Gemeinden vereinbart, einen Beitrag zur Integration und Prävention zu leisten: Frauenarbeit, Jugendarbeit, Bildungsarbeit – das geht nicht unter einem Bretterverschlag. Der einzige Weg zu nachhaltiger Integration ist es, die Gemeinden beim Wort zu nehmen, aber sie auch dabei zu unterstützen.

Auch Verfassungsschützern sind Hinterhof-Moscheen ein Dorn im Auge …

man als Stadt auch genau hinschauen, wie das Finanzierungs-Konzept aussieht und was genau da geplant ist. Dass die Finanzierung von außen zum Regelfall wird, wollen wir vermeiden. Im Einzelfall, wie bei der Al-Nour-Moschee in Hamburg, wo Geld auch aus Kuweit kommt, kann das mal sein. Aber wir Grüne sehen auch Ditib sehr differenziert.

Weil Ditib als Dachverband der türkischen Gemeinden der verlängerte Arm der Politik Erdogans ist?

Ditib wird von der Türkei unterstützt, finanziert und die Imame kommen aus der Türkei und werden alle drei bis fünf Jahre ausgetauscht. Sie haben meist gar keinen Bezug zu unserer Gesellschaft. Das finde ich integrationsfeindlich.

Wie sollte die Stadt damit umgehen?

Im Grundsatz gilt die Religionsfreiheit und Moscheen dürfen gebaut werden. Bei neuen Moscheen muss es auch darum gehen zu wissen, wer eigentlich der Imam ist – oder die Imamin – es kann ja auch mal eine Frau sein. Wir haben einen Blick darauf, dass die Ausbildung der Imame hier vor Ort gestärkt wird. Das wichtigste ist Transparenz. Es muss gesagt werden, wer die Geldgeber sein werden. Wenn Saudi-Arabien da mitfinanziert, wollen wir das vorher wissen wollen, um eventuell Konsequenzen zu ziehen.

INTERVIEW: **JEAN-PHILIPP BAECK**

Stefanie von Berg

51, ist religionspolitische Sprecherin der Grünen in Hamburgs Bürgerschaft und leitet das Studiensem

ANZEIGEN

Rosa Luxemburg Stiftung Hamburg

What's left? Dienstag 7.6. | 19 Uhr | Centro Sociale | Sternstr. 2

Was tun gegen den Rechtsruck?

Europas Linke ohne Alternativen?

Diskussion mit Tom Strohschneider, Chefredakteur der Tageszeitung *neues deutschland*

www.hamburg.rosalux.de | info@rls-hamburg.de | Tel. 28 00 37 05 | Alstertor 20 | 20095 HH

BIO COMPANY®

Die natürlichen Supermärkte

10 % AUF ALLES *

Dieser Coupon ist gültig bis 30. Juni 2016.

Weitere Infos und Adressen finden Sie unter www.biocompany.de.

*Gegen Vorlage dieses Coupons erhalten Sie 10 % Rabatt auf alle rabattfähigen Produkte Ihres BIO COMPANY-Einkaufs. Ausgenommen sind: Pfand, Buch- und Presseerzeugnisse,

IN ALLER KÜRZE

Verfassungsschützer will mehr dürfen

Angesichts der Bedrohungslage durch den Terrorismus hat Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen neue Befugnisse für seine Behörde verlangt. „Die Befugnisse der 70er- und 80er-Jahre mit Blick auf den inländischen Terrorismus sind nicht mehr ausreichend für die jetzige Sicherheitssituation", sagt er. Auch er sei der Auffassung, dass Nachrichtendienste streng kontrolliert werden müssen und ihnen neue Instrumente nur mit Augenmaß an die Hand gegeben werden sollten. *(dpa)*

Selbstmordattentäter aus Hamburg

Ein Mann aus Hamburg soll nach Informationen der *Bild*-Zeitung in Syrien einen Selbstmordanschlag verübt haben. Der mutmaßliche IS-Terrorist soll demnach im Camp einer kurdischen Einheit eine Autobombe gezündet haben. Wie viele Menschen er dabei in den Tod riss, ist nicht bekannt. Das Bundeskriminalamt hatte bereits Ende 2015 vor dem Mann gewarnt. Als Ziel galt